

# Wohltäter der Armen oder eine bürgerliche Krankheit?

Der sogenannte Linkspopulismus in Südamerika

Von Gaby Weber

**L**ateinamerika gilt gemeinhin als Heimat des Populismus. Regierungen unterschiedlicher Couleur sehen sich vor allem aus Europa und den USA diesem Vorwurf ausgesetzt. Unterzieht man die von Land zu Land sehr unterschiedlichen Formen des Populismus einer kritischen Betrachtung, zeigt sich, dass der Kontinent nachgerade eine Druckvorlage zum Verständnis praktischer populistischer Politik liefert.

Als im November 2015 Mauricio Macri die Stichwahl zum neuen Präsidenten Argentinien gewann, feierte die Weltpresse dies, völlig überrascht, als „Ende des Linkspopulismus“. Obwohl die zuvor regierenden Néstor und Cristina Kirchner zwölf Jahre lang Renten und Subventionen über ihr Wahlvolk regnen ließen, zeigten ihnen die Argentinier am Ende die Rote Karte. Als dann die Brasilianerin Dilma Rousseff im Mai dieses Jahres aus dem Amt gejagt wurde, schien auch der Sturz der venezolanischen Regierung nur noch eine Frage der Zeit. Hat sich der Populismus überlebt? Was kennzeichnet die typisch südamerikanischen „Links-Populisten“?

## Argentinien: Demagogie und Volksnähe

Juan Perón war alles andere als ein Linker, sondern ein Bewunderer Mussolinis. Er gelangte zunächst als Arbeitsminister und später, im Jahr 1946, als Staatspräsident an die Macht. Argentinien war ein feudales, von der Agraroligarchie beherrschtes Land. Hunderttausende strömten aus dem Landesinnern nach Buenos Aires, und für sie musste ein Platz in der Gesellschaft geschaffen werden. Perón unterdrückte die anarchistischen Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialisten, aber er und seine vom Volk verehrte Frau Evita bauten Krankenhäuser und Altersheime für die Descamisados, die Hemdlosen. Sie führten das Frauenwahlrecht und eine Arbeits-

gesetzgebung mit bezahltem Urlaub und ansehnlichen Mindestlöhnen ein. Kein Wunder, dass die Arbeiter Perón treu blieben, als er im Jahr 1955 aus dem Amt geputscht wurde.

Die peronistische Guerilla „Montoneros“ kämpfte für seine Rückkehr aus Franco-Spanien. Ihr revolutionäres Subjekt war das Volk, und nicht die Klasse. Die PRT-Guerilla (Revolutionäre Volksarmee, PRT steht für Ejército Revolucionario del Pueblo) hingegen war marxistisch. „Unser Kampf für den Sozialismus und die nationale Befreiung ist ein Kampf gegen den Populismus und den Reformismus, diese schweren ideologischen Krankheiten“, so der PRT-Anführer Roby Santucho. „Der Populismus hat bürgerliche Ursprünge und verneint die Unterschiede zwischen den Klassen.“

Im Jahr 2003 gelangten mit Néstor Carlos Kirchner wieder Peronisten an die Macht. Das Land war zahlungsunfähig, Supermärkte wurden geplündert. In allen Stadtvierteln bestimmten „Bürgerversammlungen“ das Geschehen, Parallelwährungen wurden getauscht, das Land war unregierbar. Die organisierte Linke verfolgte das Geschehen auf dem Bildschirm, während auf den Straßen Utopien diskutiert wurden.

Auch Néstor sowie seine Frau und spätere Präsidentin Cristina Kirchner waren alles andere als links. Während der Diktatur hatten sie säumige Hypothekenzahler aus ihren Häusern geklagt und in den 90er Jahren an den Privatisierungen von Staatsbetrieben und der Rentenversicherung mitgewirkt. Aber

*„Der Populismus hat bürgerliche Ursprünge und verneint die Unterschiede zwischen den Klassen.“*

*Roby Santucho*

2003 erklärten sie dem „Neoliberalismus“ den Krieg und übernahmen die Parolen der Linken: gegen den US-Imperialismus und den Internationalen Währungsfonds. Sie entdeckten das Thema Menschenrechte für sich und ließen Folterer vor Gericht stellen. Menschenrechtsaktivisten und linke Intellektuelle erhielten gut dotierte Jobs in der Verwaltung. Waren diese früher kritische Geister gewesen, verteidigten sie nun das „Kirchner-Projekt“ und sahen über Kapitalflucht und Korruption vornehm hinweg. Anfangs hofierten die Kirchners das Medienunternehmen Clarín, dann gingen die Interessen auseinander, und man verteilte die Firma als „Medienimperium“. Die Politiker übernahmen wieder eine alte linke Forderung und verabschiedeten ein neues Mediengesetz, setzten es aber nicht um, weil auch sie unabhängigen und kritischen Journalisten misstrauten. Nur sie allein vertraten die Descamisados.

Der hohe Rohstoffpreis für Soja erlaubte den Kirchners, großzügig Geld auszuteilen. Betriebe wurden verstaatlicht, und die öffentliche Verwaltung schuf Jobs en masse. Über fünfzig Sozialprogramme ermöglichten ein bescheidenes Leben ohne Erwerbstätigkeit, wenn man es clever anstellte: Unterstützung für alleinerziehende Mütter, für Arbeitslose und Obdachlose, Wiedereingliederungspläne. Mit der europäischen Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hatte dieses System nichts gemein. Die Verteilung dieser Gelder war undurchsichtig, es gab keinen Rechtsanspruch, den man wegen einer von Korruption





Gaby Weber

Kinder in einem Slum in Paraguay. Anstelle staatlicher Armutsbekämpfung werden Almosen verteilt.

zerfressenen Justiz ohnehin kaum hätte durchsetzen können. Viele „Sozialpläne“ wurden direkt von der Partei verteilt – gegen politisches Wohlverhalten. Kein zentrales Register verhinderte, dass Bedürftige mehrfach abkassierten. Sie brauchten lediglich einen guten Draht zur Regierung, die bei ihren Leuten beide Augen zudrückte. Aber nur bei ihren Leuten.

Kirchners Vorgänger hatten die Vorgaben des IWF erfüllt, Zölle gesenkt, Subventionen gestrichen und den Peso dem Dollar angeglichen. Die Industrie war zerstört, Waren aus Asien überschwemmten den Markt. Der IWF bot keinen Ausweg aus der Misere, und so schlug die Stunde der Heilsbringer. Néstor Kirchner setzte nicht auf den Sozialismus, sondern – so würde man in Osteuropa sagen – auf seine Oligarchen. Er wollte eine „eigene nationale Bourgeoisie“ aufbauen, und in der Tat entstand eine neue Textilindustrie, mit Sklavenarbeitern aus Bolivien und Peru, die nicht von den Sozialprogrammen profitierten.

Kooperativen hatten es schwer. Sie wollten Mindeststandards befolgen und mussten auf dem Markt gegen die Billigware der Sklavenarbeiter konkurrieren; Subventionen machten die Kirchners von politischem Wohlverhalten abhängig. Ezequiel Conde leitet den selbstverwalteten Betrieb Soho in Buenos Aires. Er erklärt, wie das System funktionierte: „Erst sollst du für sie Schulkittel nähen. Dann rennst du ihnen monatelang hinterher, damit sie die Rechnung zahlen. Danach musst du auf ihre Kundgebungen gehen, sonst bekommst du keine Aufträge mehr.“

Diese Subventionen füllten auch die privaten Taschen der Entscheidungsträger. An der Basis kam nur die Hälfte an, der Rest blieb „oben“ hängen. Sozialen Projekten wie Tafeln und Kooperativen wurden Subventionen angeboten. Darüber waren sie im ersten Moment glücklich, bis sie merkten, dass sie den doppelten Betrag quittieren mussten. Ein Kollektiv in Salta, einer Stadt im Nordwesten Argentiniens – bewährte Parteigänger, versteht sich –, erhielt Millionen für den Bau von Sozialwohnungen. Ein paar wurden gebaut, aber nach dem Regierungswechsel kam heraus, dass in der Kasse 700 Millionen fehlten. Laut Zeugenaussagen sollen diese noch am Tag der Auszahlung in Geldsäcke verpackt und im Regierungspalast abgeliefert worden sein. Auch die langjährige Anführerin der Maipplatz-Mütter, Hebe de Bonafini, erhielt gigantische Summen für Bauprojekte. Und wieder fehlen dreistellige Millionenbeträge. Diese Bestechung von einst angesehenen



nen Projekten hat linke Ideen diskreditiert. In den argentinischen Armenvierteln werden viele Jugendliche von der Polizei einfach erschossen, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden; die regierungsnahen Menschenrechtsorganisationen sprechen von bedauerlichen Einzelfällen, nicht von einer systematischen Verletzung der Grundrechte, und der Oberste Gerichtshof segnet diese Version ab. Das ist die alltägliche Realität in den Wohngebieten, in die sich Touristen und Politiker selten verirren. Für ihre Bewohner klingen die Parolen der Ministerien und der regierungsnahen Bürgerrechtsorganisationen zynisch. Wer in Argentinien heute von „sozialer Gerechtigkeit“ und „Menschenrechten“ spricht, gilt als Geschäftemacher, der auf einen Job mit Sekretärin und Dienstwagen aus ist. „Das war unsere tiefste Niederlage“, meint verbittert einer der überlebenden PRT-Kämpfer, Luis Mattini.

„Assistenzialismus“ zementiert die Armut, sagt der trotzkistische Stadtrat von Buenos Aires und Wirtschaftsprofessor Marcelo Ramal: „Der Staat versorgt die Armen und schafft eine Reservearmee von Arbeitslosen und chronisch Unterbeschäftigten, um eine soziale Rebellion zu verhindern.“ Vor der Stichwahl im November 2015 hatte die argentinische Linke zur Stimmenthaltung aufgerufen. Nicht einmal angesichts der Gefahr, dadurch dem Neoliberalen Macri zum Sieg zu verhelfen, wollte man für den Populismus stimmen.

### *Der paraguayische Diktator Stroessner*

Die Colorado-Partei gelangte im Jahr 1947 an die Macht; an ihre Spitze setzte sich der deutschstämmige Alfredo Stroessner, ein Meister des südamerikanischen Populismus. Seine Partei war die Stimme der Kleinbauern, im Gegensatz zu der anderen traditionellen Partei, den Liberalen, dem Sprachrohr der Großgrundbesitzer. Die Colorados waren die Roten, die Liberalen die Blauen. Stroessner war Antikommunist durch und durch. Mit Ausnahme Jugoslawiens nahm er zu keinem sozialistischen Staat diplomatische Beziehungen auf. Doch der Wohltäter war auch Faschist. Er ließ Zehntausende foltern und ermorden, eine Viertelmillion Paraguayer flüchteten ins Ausland. Zugleich verteilte er freies Ackerland an seine Leute mit den roten Halstüchern. Alle paar Jahre gewann er dank gefälschter Register die Wahlen – aber er hätte auch ohne Fälschung gewonnen.

1989 wurde Stroessner gestürzt, aber seine Partei blieb an der Macht. Erst im Jahr 2008 erlitt sie ihre erste Niederlage. Doch das neue Bündnis verharmloste die Colorados und sah sie nicht als das, was sie waren: Verbrecher, bedauert Anibal Miranda, Autor des Buches: *Die Colorado-Partei – die größte Mafia-Struktur*. „Die neue Regierung wollte die Demokratie und die Institutionen schützen und setzte sich mit ihnen an einen Tisch. Aber wer sich mit einer kriminellen Vereinigung an einen Tisch setzt, verleiht ihr Legitimation.“

Der neue Präsident, Bischof Fernando Lugo, war kein Populist, auch wenn ihm das im Ausland wegen seines Einsatzes für die Landlosen gerne nachgesagt wurde. Statt die kriminellen Machenschaften untersuchen zu lassen, verließ er sich auf die Justiz. Die war seit Jahrzehnten von Korruption zerfressen und ermittelte nicht gegen die Colorados.

Lugo verbesserte die Gesundheitsversorgung, doch sein Hauptanliegen, die Agrarreform, konnte er nicht durchsetzen. Er hatte keine Mehrheit im Parlament, nicht einmal die Liberalen stimmten für ihn. Er ging nicht gegen die bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer vor, sondern rief den Ausnahmezustand aus und ließ die Militärs Landbesitzer als „Terroristen“ verfolgen. So verlor er am Ende auch die Unterstützung der kleinen paraguayischen Linken. Als er vor Ablauf seiner Amtszeit abgesetzt wurde, verteidigte ihn niemand mehr. Die folgenden Wahlen gewannen wieder die Colorados. Für die Menschen hat die Demokratie wenig gebracht, weil sie an der tiefen Armut nichts geändert hat; bis heute gibt es keine Mittelschicht. Während zu Zeiten der Diktatur nur die Colorados bedient werden mussten, kommen in der Demokratie noch die anderen Parteien hinzu.

Dass die Colorados korrupt sind, daran zweifelt in Paraguay niemand. Ist das nicht Teil ihrer Raffinesse? Ab und zu weihen sie eine Schule oder eine Krankenstation ein und verteilen ein paar Besitztitel. Das ist nicht viel, aber mehr als das, wozu die Liberalen oder Lugo imstande waren. Und für jede Kleinigkeit lassen sich die „Roten“ feiern. „Die Mafia der Colorados“, so Miranda, „funktioniert wie die italienische Mafia oder die kolumbianischen Kartelle. Ihre Macht beruht nicht nur auf Gewalt und Terror, sondern auf Wohltaten für die sozial Schwachen.“ Und solange die demokratischen Kräfte keine wirklichen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung vorweisen können, wird der Populismus Erfolg haben – als politische Partei oder als kriminelle Vereinigung.

### *Venezuelas Sozialismus des 21. Jahrhunderts*

Der venezolanische Linkspopulismus und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ scheinen seit dem Tod von Hugo Chávez mit dem Rücken zur Wand zu stehen. Es sind nicht nur die von der CIA aufgehetzten Bürger, die gegen seinen Nachfolger Nicolás Maduro auf die Straße gehen, auch die einfachen Leute protestieren gegen Mangelversorgung und Inflation. Das Land steuert auf einen Bürgerkrieg zu, und Maduro hat seine Anhänger in den Armenvierteln bewaffnen lassen. Die Siedlung „23. Januar“ gilt als Bastion der Chavistas, und solange der Ölpreis hoch war, konnten dort Schulen Essen an Schüler und Eltern verteilen, Strom und Wasser waren fast umsonst. Kubanische Ärzte organisierten Gesundheitszentren, und man lebte dort nicht schlecht. Benzin ist praktisch gratis, das Meer ganz in der Nähe.

Eduardo Terra wohnt in der Hafenstadt La Guaira. Nach Caracas fährt er zwei Stunden mit dem Bus, eine S-Bahn wurde nie gebaut, auch nicht, als der Ölpreis hoch war. Der Nahverkehr ist zeitraubend, aber für Alte, Menschen mit Behinderung und Schwangere umsonst. Eduardo würde gerne nach Caracas ziehen, aber ein Wohnungsverkauf ist nur auf Basis eines Tauschgeschäftes möglich, nicht in Dollar. In Venezuela herrschen Devisenkontrolle und feste Wechselkurse. Und Bolívars sind kaum etwas wert.

Die staatlichen Läden mit ihren regulierten Preisen haben wenig im Angebot, Eduardo kauft im privaten Supermarkt oder auf dem Schwarzmarkt zu Wucherpreisen ein. Waren werden absichtlich zurückgehalten, schimpft die Regierung. Coca-Cola, McDonald's und Bierbrauereien haben ihre Produktion aufgrund fehlender Rohstoffe gedrosselt, Luftfahrtgesellschaften fliegen das Land nicht mehr an, weil sie ihre Gewinne nicht in Form von Devisen ins Ausland überweisen dürfen. Hausfrauen stürmen die Grenzen nach Kolumbien, um im Nachbarland Essbares zu ergattern.

Die meisten Venezolaner haben drei oder vier Jobs, mindestens einen im öffentlichen Dienst. Doch die Vetternwirtschaft wurde nicht von Chávez erfunden, so Eduardo. Der Populismus war ein Vermächtnis seiner sozialdemokratischen und christdemokratischen Vorgänger. „Alle Regierungen haben das Füllhorn der Petrodollars über die Bedürftigen geleert, und unser Klima förderte

diese Einstellung.“ In Venezuela ist es immer warm, und überall stehen Obstbäume. Die Karibik ist nah. „Für die Armen ist es selbstverständlich, dass ihnen ‚gegeben‘ wird“, erklärt Eduardo Terra. „Warum sich anstrengen, Verantwortung übernehmen und die eigene Situation verbessern? Im Allgemeinen will niemand arbeiten. Man fordert, dass man ihnen gibt. Und diejenigen, denen etwas gegeben wird – und das sind sehr viele –, stehen auf der Seite der Regierung. Heute auf der Seite von Maduro, aber für wen sie morgen sind, ist völlig ungewiss. Früher haben sie für die Sozialdemokraten und Christdemokraten gestimmt, weil diese ihnen gegeben haben. Und solange ihnen Maduro gibt, werden sie für Maduro sein.“

Worin der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ besteht, ist ideologisch nicht festgelegt, es gibt kein Manifest und kein Handbuch. Die (noch) regierende Partido Unido Socialista ist keine Kaderorganisation mit marxistischem Fundament, sondern soll das Fußvolk zusammenhalten.

Während seine Vorgänger mit Petrodollars Lebensmittel importiert und keine Mühe darauf verschwendet hatten, eine industrielle oder landwirtschaftliche Infrastruktur aufzubauen, wurde das Problem von Chávez immerhin erkannt, und er wollte es angehen. Er enteignete Ländereien, stellte Kredite zur Verfügung und nahm Experten unter Vertrag, die den Leuten beibringen sollten, wie Getreide, Gemüse und Fleisch für den heimischen Markt produziert werden können. Der Boden ist fruchtbar. Doch die Landreform scheiterte, bevor sie begonnen hatte. Es fanden sich keine Interessenten, die aufs Land ziehen und jeden Tag um fünf Uhr früh die Kühe melken wollten. Das Leben im städtischen Armenviertel ist dank subventionierter Lebensmittel und kubanischer Mediziner bequemer. Auf sie kann sich Maduro verlassen. Die Frage ist: wie lange noch? Und wie will sein Nachfolger den Populismus überwinden und ein nachhaltiges Agrarmodell aufbauen?

### Die Marxisten der brasilianischen PT

Im Mai dieses Jahres wurde Dilma Rousseff in einem Impeachment-Verfahren abgesetzt, und wieder war die Rede vom Ende des Linkspopulismus. Doch niemand definierte den Begriff, der Stempel reichte aus. Aber ist die Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) eine populistische Partei? Wer genauer hinsieht, merkt, dass dies nicht der Fall ist.

Die Anführer der PT sind Linke, und nicht wie Hugo Chávez, Juan Perón und Alfredo Stroessner Militärs oder wie die Kirchners gerissene Machtpolitiker. Der langjährige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva war Gewerkschafter in der Automobilindustrie, riskierte in der Diktatur sein Leben. Er und die Parteigründer sprechen von „Klassen“, nicht von diffusen Interessen eines Volkes. Dilma Rousseff war bei der Guerilla und saß drei Jahre lang im Gefängnis. Dann wurden in der achtgrößten Volkswirtschaft des Planeten aus Staatsfeinden Staatschefs. Die PT baute das Hilfsprogramm „bolsa família“ auf, das über 25 Millionen Menschen aus extremer Armut holte, verbesserte die Arbeitsgesetze für Dienstmädchen und Hilfsarbeiter und förderte gezielt sozial Benachteiligte. Diese Entwicklung galt für alle und war nicht an politisches Wohlverhalten gebunden.

Sie funktionierte dank der hohen Rohstoffpreise, die der Amazonasstaat mit dem Export von Soja, Rindfleisch und Orangensaft erzielt. Heute herrscht Rezession, die öffentliche Verwaltung muss sparen und Hilfgelder und Subventionen reduzieren. Doch nicht das Gürtel-enger-Schnallen trieb Millionen Brasilianer gegen Dilma Rousseff auf die Straße, sondern die Korruption. Dass die rechte Opposition weit bestechlicher als die PT war und ist, ist zweitrangig. Die Arbeiterpartei – einst als die „Guten“ angetreten – hat, einmal an den Fleischtrögen, die Vorzüge des kapitalistischen Systems entdeckt und sich bequem darin eingerichtet.

Die PT hat die Erdölgesellschaft Petrobras, an welcher der Staat ein Drittel der Aktien hält, dafür benutzt, ihre Parteiarbeit zu finanzieren und ihre Leute unterzubringen. Der Bauunternehmer Odebrecht soll Lula eine Wohnung überlassen haben. Entscheidungsträger wurden bestochen, um an Aufträge zu kommen.

Auf strukturelle Veränderungen wurde verzichtet, obwohl Lula da Silva in seinen beiden Amtsperioden ebenso wie die ihm nachfolgende Dilma Rousseff dazu Gelegenheit gehabt hätte. Sie haben nicht, wie Chávez in Venezuela, den Sozialismus deklariert. Sie haben weder, wie die Kirchners in Argentinien, die privatisierten Betriebe nationalisiert noch an den Besitzverhältnissen etwas geändert. Die von den Landlosen eingeforderte Landreform ist ausgeblieben. Die Macht des Finanzkapitals wurde nicht beschränkt, die Justiz nicht reformiert, und es wurden keine unabhängigen Medien aufgebaut. Die Mono-

polstellung des Fernsehkanals *Globo* wurde nicht angetastet, kein neues Mediengesetz verabschiedet. Es gibt in Brasilien nicht einmal eine überregionale Zeitung der Arbeiterpartei oder der unabhängigen Linken. Erst als Rousseff nicht mehr im Amt war, merkte die PT, dass das mächtige *Globo TV* an ihrem Stuhl gesägt hatte. Kaum in der Opposition, will sie plötzlich die Medien demokratisieren.

Die PT ist, würde man in Europa sagen, sozialdemokratische Wege gegangen, hat versucht, die Konzerne dem „nationalen Projekt“ zu unterwerfen. Die hielten still, solange Kapital nach Brasilien floss und der Staat der wichtigste Player der Volkswirtschaft war. Doch in Zeiten der Rezession werden Gelder aus den Schwellenländern abgezogen, die Rohstoffpreise fallen. Rousseff glaubt, bald auf ihren Posten zurückkehren zu können – inzwischen mussten etliche Minister der neuen Regierung wegen Bestechung ihren Hut nehmen. Eine erfolgreiche Neuwahl wäre fatal, würde sie der PT doch die notwendige Selbstkritik ersparen. Schon heute glauben die meisten Brasilianer, dass die Politik korrupt ist. Damit wird Politik überflüssig, auch linke.

Ist der Populismus am Ende? Ob es Südamerika schafft, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und demokratischere Wege einzuschlagen, wird von zwei Faktoren abhängen: zum einen, ob es den emanzipatorischen Kräften gelingt, glaubwürdige Alternativen für ein besseres Leben der vom Abstieg Bedrohten zu entwickeln, statt sich im herrschenden System einzurichten und nur die eigenen Leute zu retten. Und zum anderen, ob die neuen bürgerlichen Regierungen zu den Methoden von IWF & Co., die sich für die Volkswirtschaften als fatal herausgestellt haben, zurückkehren – ob sie erneut ihre Länder verschulden und Reallöhne senken. Dann wird der Populismus wiederkommen, mit jüngeren Gesichtern und mit rechten oder linken Inhalten. Garantiert.



**Gaby Weber** (62) ist promovierte Lateinamerikanistin und arbeitet seit 1978 hauptberuflich als Journalistin, zunächst für *Stern*, *ARD* und *taz*. Sie macht Dokumentarfilme, die sie auf *Youtube*

veröffentlicht. [www.gabyweber.com](http://www.gabyweber.com)